



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/ 70

23.3.1950

Gefährliches Narrenspiel

sp. Ziemlich zum Schluß der Besprechung erhob sich auf die Frage eines Journalisten, (wenn man z.B. über die Bodenreform sprechen würde, müssten dann nicht bei einer Unterhaltung zwischen West und Ost politische Gesichtspunkte automatisch in den Vordergrund treten?) ein würdiger Herr, Prof. Becker aus Quedlinburg und versicherte mit Nachdruck und leicht erregt, er spreche als Deutscher und Fachmann, was niemand bezweifelt hatte. Mit Parteipolitik habe die Tätigkeit des Gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft nichts zu tun. Ernstwissenschaftliche Arbeit im Dienste des ganzen deutschen Volkes sei das Ziel, mutige und verantwortungsbewusste Männer müssten endlich den Anfang machen mit dem Bestreben, berufliche Erfahrungen auszutauschen und sich auch persönlich wieder näherzukommen. Im übrigen seien die verschiedenen Körperschaften des Arbeitskreises aus Ost und West paritätisch zusammengesetzt. -

Wie schön das alles klingt!

Die Wirklichkeit sieht so aus: Das Sekretariat des Gesamtdeutschen Arbeitskreises hat seinen Sitz im russischen Sektor Berlins.

Die Initiative zur Bildung der Körperschaft ging von dort aus. Die Leute, die für "estdeutschland in Frankfurt a. Main schon im November 1949 den Beil auffingen, sind, wie inzwischen festgestellt wurde, zum überwiegenden Teil Kommunisten, so das Mitglied des Sekretariats des Arbeitskreises Berthold Jacobs, der als KP-Abg. dem Kreistag Offenbach-Land angehört und das Mitglied des sogenannten ständigen

Ausschusses, einer Art Vorstand, Anton Kramer aus Gaimenstein b. Ingolstadt. Die finanzielle Basis, so wurde ausdrücklich bestätigt,

beruht auf der Unterstützung durch die verschiedenen staatlichen und halbstaatlichen landwirtschaftlichen Verbände der Sowjetzone!

Die erste grosse Gesamtdeutsche Beratung als Ergebnis der beiden vorbereitenden kleinen Konferenzen in Schierke und Hannover ist

für Mitte Mai nach Eisenach einberufen worden.

Irgendwelche maßgebenden landwirtschaftlichen Organisationen der Westzonen sind bisher nicht beteiligt.

Wie sich im Kreis der Versammelten das Verhältnis von Drahtziehern, fellow-travellers und missbrauchten reinen Toren darstellt,

war weder an den Gesichtern noch an den Krawatten abzulesen. Aber ziemlich enttäuschend war wieder einmal der unwahrscheinliche Grad an

politischer Naivität bei deutschen Wissenschaftlern und Experten. Für die meisten von ihnen scheint Weltfremdheit nun einmal ein un-

verlierbarer Besitz zu sein. Das politische Vorzeichen, unter dem dieser bedauerliche Mangel immer wieder hervortritt, ist dabei

durchaus nebensächlich.

Nach dem, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, ist es eine törichte Anmassung, irgend jemanden glauben machen zu wollen,

als ob eine auch wissenschaftlich arbeitende Organisation, die offen von staatlichen und halbstaatlichen Quellen der Sowjetzone gefördert

wird, etwas anderes bezwecken könnte als Stärkung und Durchsetzung des sowjetisch-kommunistischen Machtenspruchs. Die pseudo-nationale

Front mit ihren Dutzenden von Erscheinungsformen ist der Versuch der totalen Infiltration des Westens durch den Osten. Wer das nicht sieht, ist ein politischer Narr.

Politisch blind ist auch, wer glaubt, unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen mit gemeinsamen Beschlüssen über landwirtschaftliche Ertragssteigerung, überzonale Kartoffelkäferbekämpfung, Pflanzenzüchtung oder andere lobenswerte Dinge "den Weg für eine einheitliche gesunde deutsche Landwirtschaft ebnen zu können", wie so schön gesagt wurde. Erreichbar wäre im besten Falle eine verbesserte russische Ausbeutungschance.

Sturm im Wasserglas

Von unserem skandinavischen Korrespondenten.

K.V. - Dänemark ist in den Tagen nach den Kommunal- und Provinzialwahlen, die in drei Etappen von Anfang bis Mitte März vor sich gingen, an den Gefahren eines unmittelbaren Regierungsturzes und eines Generalstreiks vorbeigeglitten. Es scheint so, dass die übermütig gewordenen Konservativen ein Hieser in der Suppe gefunden haben, und dass die zentralen Tarifverhandlungen doch noch zu einem Kompromiss in der Lohn- und Ferienfrage führen, auf das beide Partner eingehen können.

Das Resultat der Wahlen war zweifellos überraschend. Auch die gegnerischen Kreise hatten mit einem Vormarsch der Sozialdemokratie gerechnet. Da er ausblieb und eine schwach rückläufige Tendenz für die dänische Regierungspartei eintrat, war der Jubel im gegnerischen Lager um so grösser. Man prophezeite einen unmittelbaren Sturz der sozialdemokratischen Minderheitsregierung und neue Reichstagswahlen im Mai. Heute ist man auf bürgerlicher Seite beträchtlich ruhiger geworden. Regierungsturzh und Neuwahlen haben keine unmittelbare Aktualität mehr.

In Dänemark ist vor einiger Zeit für die Reichstagswahlen eine neue Wahlordnung beschlossen worden, die erst bei der nächsten Reichstagswahl in Kraft treten wird. Drei Fragen mit ihren Antworten sollen die Situation erläutern: Wie war die Mandatsverteilung bei den letzten Parlamentswahlen im Herbst 1947? (a) Wie hätte das gleiche Resultat unter Berücksichtigung der neuen Wahlordnung ausgesehen? (b) Welche Zusammensetzung hätte der Reichstag, wenn man bei der veränderten Wahlordnung die Stimmen bei den jüngst stattgefundenen Kommunalwahlen zu Grunde legt? (c).

	a	b	c
Sozialdemokraten:	57	67	60
Venstre:	49	42	38
Konservative:	17	19	22
Radikale:	10	10	9
Retsforbundet:	6	7	12
Kommunisten:	9	10	8

Wenn man schon von den Kommunalwahlen Rückschlüsse auf die Reichstagswahlen zieht, was im allgemeinen abwegig ist, würde die

Sozialdemokratie trotz ihrer Verluste heute drei Mandate gewinnen, dagegen würde Venstre und Konservative zusammen sechs Mandate ver-

lieren. Selbst bei Hinzuziehung von Retsforbundet (Partei des Rechts) und der Radikalen (linke Demokraten) würden die bürgerlichen Par-

teien um ein Mandat schwächer im dänischen Reichstag vertreten sein, als sie es heute sind.

Die Drohung mit dem Sturz der Hedtoftregierung ist aber auch von einem anderen Gesichtspunkt aus als ein "Sturm im Wasserglas"

zu bewerten. Venstre und Konservative gehören in Dänemark zur selben Familie. Venstre ist trotz des irreführenden Namens "die Linke"

eine konservative Bauernpartei, die nach dem Krieg mit Erfolg Stimmen und Mandate von den Konservativen erbt. Nun ist ein rückläu-

figer Prozess eingetreten: Die Konservativen gewinnen wieder auf Kosten von Venstre und Venstre dürfte es sich heute dreimal über-

legen, es auf einen Regierungssturz und Reichstagswahlen ankommen zu lassen, bei der sie selbst viele Stimmen und manche Mandate ein-

büßen dürfte.

Es ist anzunehmen, dass der "Sturm im Wasserglas" den die dänischen Konservativen auf Grund ihres Erfolges entfesselt haben,

sich bald wieder legt und die Hedtoftregierung nach wie vor das Regierungsheft fest in der Hand behält.

Planmässige Einseitigkeit

sp. Seit längerer Zeit, genauer gesagt, seit Dienstantritt des jetzigen Wirtschaftsfunk-Chefredakteurs, Dr.Hans Otto Wesemann,

Ende 1948, zeigt der Wirtschaftsfunk des NWDR-Senders Köln eine ausgesprochen antisozialistische, unternehmerfreundliche Tendenz.

Dr. Wesemann tritt nicht nur in den von ihm verfassten Kommentaren stets für freies Unternehmertum und gegen jede Form von Wirtschaftsdemokratie ein, er lässt auch in den gesamten Sendungen des Kölner Wirtschaftsfunks keine andere Ansicht zu Worte kommen. Dies

ist umso bedauerlicher, als vom NWDR-Sender Berlin kaum je Wirtschaftsfunksendungen ausgestrahlt werden, während diese Sendungen,

soweit sie aus Hamburg kommen, lediglich Tatsachenmaterial geben. Meinungsbildende Sendungen kommen also ausschliesslich aus Köln

und zwar immer mit unternehmerfreundlicher Tendenz. Auch andere ständige Mitarbeiter kommentieren laufend auf der gleichen Linie,

wie Dr.Herbert Gross und Dr.V.Muthesius.

Diese kritischen Feststellungen beruhen auf sehr genauen Aufzeichnungen, die wir uns gemacht haben. Sie beziehen sich sowohl

auf eigene Kommentare, auf die ausführliche Wiedergabe von Stellungnahmen bekannter, ganz einseitig orientierter Wirtschaftler, wie

Prof.Röpke, auf die Besprechung von wirtschaftspolitischen Büchern und auf die Steuerung von Diskussionen am runden Tisch. In jedem

Falle wurde eine planmässige Einseitigkeit erkennbar. Themen, bei denen sie besonders deutlich zu-tage trat, waren das Verhältnis

des Einzelnen zum sogenannten Wohlfahrtsstaat, die Ablehnung jeder, auch internationalen Wirtschaftsbürokratie, wie der Marshal-Plan-

Verwaltung in Paris, die Berechtigung von Lohnforderungen, die Gestaltung der Krankenversorgung u.a.m.

Der NWDR Köln verstösst mit der Verbreitung dieser Art von Meinungsbildung gröblich gegen seine Verpflichtung zur Objektivität. Das muß mit allem Nachdruck gesagt werden. Es wäre interessant zu wissen, welche Feststellungen der doch sicher existierende Kontroll-Abhördienst im Hause selbst dazu getroffen hat.

-o-o-o-o-

Verantwortlich: Peter Raunau